

Dieter Althaus

Seit der Wiedervereinigung hat sich die wirtschaftliche und soziale Situation in den jungen Ländern entscheidend verbessert. Ohne die Umstrukturierung von der Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft, ohne den persönlichen Einsatz so vieler Bürgerinnen und Bürger und die Solidarleistungen wäre dies nicht möglich gewesen. Am Beispiel von Thüringen und Sachsen ist besonders gut zu sehen, zu welchen Fortschritten innovative und zielgerichtete Politik führt. Thüringen und Sachsen liegen bei den wichtigsten Wirtschafts- und Arbeitsmarktzahlen an der Spitze der jungen Länder.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen den Stand erreichen, den wir ohne deutsche Teilung, ohne Mauer, Stacheldraht und SED-Staat selbstverständlich hätten. Wir wissen, der Weg bleibt anstrengend, aber er geht in die richtige Richtung, denn die Weichen auf Landesebene sind gestellt.

Wir können uns aber von dem allgemeinen Trend nicht abkoppeln. Die Entwicklung in den jungen Ländern hätte in den letzten vier Jahren besser laufen können und müssen.

Zukunftsfähigkeit wiederherstellen

Vier Jahre rot-grüne Bundesregierung aber haben der Zukunftsfähigkeit Deutschlands geschadet. Bei der wirtschaftlichen Entwicklung ist Deutschland Schlusslicht in Europa. Die Realeinkommen sinken, und die Arbeitslosigkeit steigt oder stagniert. Die Wachstums schwere zwischen den alten und den jun-

gen Ländern schließt sich nicht, sondern geht weiter auseinander. Statt einer Politik, die Entwicklungsperspektiven bietet, erleben wir die ruhige und abwartende Hand eines Bundeskanzlers, dem die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes nie ein wirkliches Anliegen war. Eine Folge ist die Abwanderung junger, gut ausgebildeter und leistungsorientierter Menschen in die alten Länder, die seit 1998 wieder gestiegen ist.

Das Argument der Bundesregierung, die internationale Konjunkturteilung sei schuld an diesen Prozessen, ist nicht haltbar. Andere europäische Staaten bewältigen diese Konjunkturkrisen besser, da sie rechtzeitig gehandelt haben. Nicht die Weltwirtschaft ist deshalb für die schwache Wirtschaftslage in Deutschland in erster Linie verantwortlich, sondern die verfehlte Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik der Regierung Schröder. Wesentliche Reformen wurden nicht auf den Weg gebracht, stattdessen haben die Belastungen für den Einzelnen und für die Wirtschaft noch zugenommen.

Nicht Aufschwung Ost, sondern Abschwung Ost ist die Folge dieser Politik. Deutschland hat eine bessere Regierung verdient. Vor allem die jungen Länder brauchen neue und klare Perspektiven! Wir wollen nicht noch einmal vier Jahre des Stillstands, der verpassten Chancen und der Versprechen, die gebrochen werden.

Deutschland und speziell die jungen Länder brauchen eine Verbesserung der

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Notwendig sind insbesondere eine Aufhebung der mittelstandsfeindlichen Gesetze, eine gerechte Steuerreform, Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen und ein Sonderprogramm Ost zur Schließung der Infrastrukturlücken und zur Förderung von Forschung und Entwicklung.

Thüringen ist auf einem guten Weg

Thüringen kann insgesamt eine positive Entwicklung verzeichnen. In dem Zeitraum von 1991 bis 2001 ist das Bruttoinlandsprodukt um 63 Prozent, im Zeitraum von 1995 bis 2001 um 12,2 Prozent gestiegen. Damit liegt Thüringen an der Spitze der jungen Länder und über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Natürlich muss das Ausgangsniveau hierbei berücksichtigt werden.

Thüringen hatte mit 16,1 Prozent im April 2002 die niedrigste Arbeitslosenquote und mit zwei Prozent der Bevölkerung die wenigsten Sozialhilfeempfänger aller jungen Länder.

Seit 1997 hat Thüringen ein vollständig digitalisiertes Telekommunikationsnetz. Besondere technologische Wirtschaftsbereiche sind die Automobilindustrie, die Optik, der Büromaschinenbau, die Medizintechnik und die Biotechnologie.

Thüringen verfügt über ein flächendeckendes Netz an Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Mit 32 Patentanmeldungen pro hunderttausend Einwohner liegt Thüringen ebenfalls an der Spitze der jungen Länder.

Natürlich ist auch Thüringen von der schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland betroffen. Vor allem das Baugewerbe musste 2001 einen Rückgang der Bruttowertschöpfung um 9,2 Prozent verzeichnen. Negativ wirkten sich auch die Krise in der Automobilindustrie sowie der Produktionsrückgang

bei Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten aus.

Das verarbeitende Gewerbe aber zeigte sich trotz allgemeiner Konjunkturkrise außergewöhnlich robust. Es konnte seine Bruttowertschöpfung im Jahr 2001 um 3,8 Prozent steigern. Besonders erfreulich ist die Entwicklung in der Industrie, deren Umsatz im letzten Jahr um 3,5 Prozent gestiegen ist, der Auslandsumsatz sogar um 6,5 Prozent. Bei der Betriebs- und Industriedichte liegt Thüringen mit 54 auf tausend Einwohner ebenfalls an der Spitze der jungen Länder und dennoch weit hinter den alten Ländern, deren Durchschnitt bei 84 liegt. Die Produktivität wuchs in diesem Bereich um 1,7 Prozent. Dies ist der zweithöchste Wert der jungen Länder, und trotzdem gibt es auch bei der Produktivität im Vergleich mit den alten Ländern noch erhebliche Entwicklungspotenziale zu erschließen.

Erfreulich ist die Entwicklung der Thüringer Exportquote, die im ersten Vierteljahr 2002 auf 25,4 Prozent angestiegen ist. Nur Sachsen hat eine bessere Exportquote unter den jungen Ländern. Diese Entwicklung bestätigt die zunehmende und erfolgreiche Ausrichtung der thüringischen Wirtschaft auf den Weltmarkt.

Die Daten machen deutlich, dass Thüringen auf dem richtigen Weg ist, eine robuste und zukunftsfähige Wirtschaft zu entwickeln. Dies ist notwendig, damit wir die sozialen und auch kulturellen und bildungspolitischen Herausforderungen bewältigen können.

Das Deutsche Institut für Wirtschaft sieht Thüringen mit 74,8 von hundert Punkten bezüglich der Indikatoren Bruttolöhne, Arbeitslosigkeit, Infrastruktur, Humankapital und wirtschaftliche Dynamik an der Spitze der jungen Länder. Diese Feststellung erfreut und motiviert. Trotzdem ist der Nachholbedarf gegenüber den alten Ländern weiterhin groß, und die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erlauben es nicht, so

schnell voranzuschreiten, wie es notwendig wäre.

Die Wachstumsschere geht auseinander

Während die alten Länder im letzten Jahr immerhin ein geringes positives Wachstum von 0,6 Prozent verzeichnen konnten, ging das Wachstum in den jungen Ländern (ohne Berlin) um 0,1 Prozent zurück. Nur Sachsen hatte ein positives Wachstum von 0,9 Prozent. Der Rückgang für Thüringen betrug 0,3 Prozent, für Sachsen-Anhalt 0,5 Prozent und für Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sogar jeweils 0,8 Prozent. Daran wird deutlich, dass die Wachstumsschere zwischen den alten und den jungen Ländern auseinander geht und gehandelt werden muss.

Die Bundesregierung aber sieht trotz häufiger Aufforderung auch aus den eigenen Reihen keinen Handlungsbedarf, obwohl das Wirtschaftswachstum in den jungen Ländern deutlich stärker ansteigen muss als in den alten Ländern, damit die Angleichung der Lebensverhältnisse gelingen kann.

Erschwerend kommt hinzu, dass aufgrund von Stagnation beziehungsweise Rezession, steigender Arbeitslosigkeit und einer falschen Steuerreform die Steuereinnahmen deutlich sinken – nach aktueller Steuerschätzung müssen die öffentlichen Haushalte für die Jahre 2002 bis 2005 Steuermindereinnahmen von 65 Milliarden Euro verkraften. Der Spielraum, insbesondere für Länder und Kommunen, wird dadurch weiter erheblich eingeengt.

In Thüringen wurde im Frühjahr bereits einen Nachtragshaushalt zur Einsparung von 360 Millionen Euro beschlossen. Nach der aktuellen Steuerschätzung wird man für dieses Jahr weitere 393 Millionen Euro einsparen müssen. Gemessen am Umfang des Thüringer Haushaltens von rund neun Milliarden

Euro, ist dies keine unbeträchtliche Summe. Eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme aber kommt für uns nicht in Betracht. Denn erst nach dem Ende der großen Koalition in Thüringen konnte man mit dem Doppelhaushalt 2001/2002 eine konsequente Haushaltskonsolidierung in Angriff nehmen. Nun soll bis zum Jahr 2006 die Netto-Neuverschuldung auf null zurückgeführt werden. Deshalb bleibt „Sparen und Gestalten“ die Devise. Auch für den Doppelhaushalt 2003/2004, der im Herbst beschlossen werden soll, wird dieser Grundsatz gelten.

Leider können Länder und Kommunen bei ihren Einsparungen den investiven Bereich nicht ganz ausnehmen. Dieses belastet die Baubranche, die allein in Thüringen in den ersten drei Monaten dieses Jahres einen Umsatzrückgang von 21 Prozent verzeichnen musste, während in Deutschland insgesamt der Rückgang bei 9,5 Prozent lag. Die Auftragseingänge der Thüringer Bauindustrie verringerten sich im März dieses Jahres um 7,8 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat, während für Deutschland insgesamt der Auftragsbestand um 2,6 Prozent angestiegen ist.

Wirtschaftswachstum ist Motor für gesellschaftliche Entwicklung

Nur wenn die Wirtschaft wieder deutlich stärker wächst, kann sich Deutschland wieder vom Schlusslicht in Europa zum Wachstumsmotor entwickeln. Deutschland darf den Anschluss nicht verpassen. Es braucht deshalb eine Politik, die der Wirtschaft neuen Schwung gibt. Der Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft der jungen Länder kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu.

Freiheit und Wettbewerb als tragende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft müssen wieder mehr Geltung erhalten. Leistung muss sich wieder lohnen. Wirtschaftliche Leistungskraft ist schließlich Voraussetzung für die Leistungen des So-

zialstaates. Dies ist Ausgangspunkt des Unions-Programmes, das wir nach dem 22. September umsetzen wollen.

Deutschland insgesamt, aber vor allem auch die jungen Länder brauchen dringend eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere für das Handwerk und den Mittelstand. Sie sind und bleiben die Säulen unserer Wirtschaft und stellen die meisten Arbeitsplätze.

Für die ostdeutsche Wirtschaft ist es daher noch wichtiger als für die westdeutsche Wirtschaft, dass die mittelstandsfeindlichen Gesetze aufgehoben werden. Dies gilt zum Beispiel für das Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, für die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes, für das Gesetz zur Begründung eines Rechtsanspruches auf Teilzeitarbeit, für das Gesetz gegen Scheinselbstständigkeit sowie für die Einschränkungen bei befristeten Arbeitsverhältnissen.

Mittelstand stärken

Darüber hinaus wird mit der von der Union geplanten Steuerreform die Benachteiligung der mittelständischen Wirtschaft behoben. Der Mittelstand braucht gleiche Wettbewerbschancen.

Das Tariftreuegesetz der Bundesregierung lehnen wir ab, weil es die Wettbewerbschancen von Handwerk und Mittelstand in den jungen Ländern stark beeinträchtigt. Unternehmen in den jungen Ländern können es sich häufig noch nicht leisten, ihren Mitarbeitern den im westdeutschen Ausschreibungsort gültigen Tarif zu zahlen. Außerdem überfordert die entstehende Verwaltungsbürokratie jedes kleinere Unternehmen.

Hinzu kommt, dass die Eigenkapitaldecke der Unternehmen in den jungen Ländern leider häufig noch nicht so gut ist wie in den alten Ländern. Sie können wirtschaftlich schwierige Zeiten schlechter durchstehen. Forderungsausfälle in

Millionenhöhe belasten die Unternehmen und führen häufig zur Insolvenz.

Thüringen hat deshalb eine Bundesratsinitiative zur Verbesserung der Zahlungsmoral auf den Weg gebracht, die von der Union insgesamt unterstützt wird. Die Bundesregierung muss unverzüglich eine rechtliche Regelung herbeiführen.

Mehr Nettolohn für alle setzt notwendige Wachstumskräfte frei

Es ist verständlich, dass Arbeitnehmer in Deutschland höhere Löhne anstreben, denn im letzten Jahr sind sie real um 0,4 Prozent zurückgegangen, während die Abgabenlast durch Erhöhung der Öko-steuer und der Versicherungs- und Tabaksteuer noch angestiegen ist. Frankreich dagegen hatte im gleichen Zeitraum einen realen Nettolohnzuwachs von 0,8 Prozent.

Legale Arbeit aber muss bezahlbar sein, dann wird sie auch nachgefragt. Deshalb sind weniger Brutto- als Netto-lohnzuwächse notwendig. Und deshalb sind im Grunde auch weniger die Tarifpartner als vielmehr die Bundesregierung gefordert zu handeln. Würde sie durch Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen die Lohnnebenkosten senken und eine gerechte Steuerreform durchführen, würden die Netto-Einkommen steigen, die Unternehmen entlastet, die Einstellung von Arbeitslosen gefördert und Schwarzarbeit bekämpft. Stattdessen steigen Abgabenlast und Arbeitslosigkeit, und die Schwarzarbeit nimmt noch zu.

Das Unions-Programm sieht deshalb eine Steuerreform vor, die alle entlastet, Arbeitnehmer und Unternehmen. Es will die Steuerbelastung senken, den Eingangssteuersatz auf unter 15 Prozent und den Spaltensteuersatz auf unter 40 Prozent. Dies führt zu einem flachen, linear-progressiven Tarifverlauf, von dem alle profitieren. Das Steuerrecht soll einfach,

gerecht und transparent gestaltet werden.

Die von Rot-Grün vorgesehene Ökosteuer-Erhöhung für 2003 soll nicht umgesetzt werden. Die Ökosteuer wollen wir mittelfristig durch eine aufkommens- und wettbewerbsneutrale, europaweit abgestimmte, harmonisierte und schadstoffbezogene Abgabe ersetzen.

Wir wollen mehr Generationengerechtigkeit, eine Rentenpolitik, die die Renten kalkulierbar und nicht vom Zufall abhängig macht, sowie eine Gesundheitspolitik, die sozial, bezahlbar und effizient gestaltet ist. In den sozialen Sicherungssystemen muss durch eine neue Balance von Eigenverantwortung, privater Risikovorsorge und Solidarität die Ausgabendynamik gedrosselt werden.

Mit dem Programm „3x 40“ sollen die Sozialversicherungsabgaben, die Staatsquote und der Spaltensteuersatz jeweils unter vierzig Prozent gesenkt werden. Damit würden die notwendigen Wachstumskräfte in Deutschland freigesetzt.

Arbeit für alle muss das Ziel sein

Eine Politik für mehr Wachstum ist die beste Arbeitsmarktpolitik. Aber auch die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie die Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen, werden wir so ausgestalten, dass Arbeitslose möglichst rasch wieder in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Der Schwerpunkt der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen muss sich auf die Unterstützung älterer Arbeitsloser konzentrieren. Für Langzeitarbeitslose müssen Aufgabenfelder außerhalb der Erwerbsarbeit erschlossen werden, soweit andere Möglichkeiten der ArbeitsmarktinTEGRATION ausscheiden. Das Unions-Programm setzt hiermit klare Akzente.

In Thüringen wurde nach dem Ende der großen Koalition eine Neuausrichtung in der Arbeitsmarktpolitik auf den

ersten Arbeitsmarkt vorgenommen. Den zweiten Arbeitsmarkt gestalten wir konsequent als Brücke zum ersten Arbeitsmarkt um und richten ihn auf besondere Problemgruppen aus. Eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist für diesen Ansatz notwendig.

Für die Problemgruppen wurden spezielle Programme aufgelegt, um ihnen den Berufseinstieg zu erleichtern: für Jugendliche das Programm „2. Schwelle – Jobeinstieg in Thüringen“, für die mittlere Generation das Programm „2. Karriere“ und für die ältere Generation das Programm „50 Plus“. Die Bundesanstalt für Arbeit ist diesem Beispiel mit einem eigenen Programm gefolgt. Die gemeinsame Bundesratsinitiative von Thüringen und Bayern zur Reform der Arbeitsmarktpolitik sah unter anderem die Einführung von Kombi-Löhnen und die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe vor. Diese Ansätze will die Union auf Bundesebene umsetzen.

Sicherlich ist die Arbeitslosigkeit mit 16,1 Prozent im April dieses Jahres in Thüringen noch zu hoch. Man kann sich aber von dem allgemeinen Trend nicht abkoppeln. Dennoch gibt es hier die geringste Arbeitslosigkeit und auch die geringste Jugendarbeitslosigkeit der jungen Länder. Nur ein Prozent der Jugendlichen hat im Jahr 2001 keinen Ausbildungssitz erhalten. 78 Prozent aller Ausbildungssätze sind bei uns betriebliche Ausbildungssätze. Die Thüringer Wirtschaft beklagt schon heute einen Fachkräftemangel in den Zukunftsbereichen. Dort muss man ausbilden. Dort müssen die Schüler ihre Lehrstellen suchen. Es ist deshalb eine Aufgabe von Wirtschaft und Politik, von Schulen und Arbeitsverwaltung, hier stärker aufklärend zu wirken.

Arbeitslose fördern und fordern – Arbeitsmarktentriegeln – Arbeitnehmer und Unternehmen entlasten – mit der Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik auch im Bund kann man die Arbeitsmarktpoli-

tit auf Bundes- und Landesebene kohärent gestalten. Damit werden wir gemeinsam mehr Beschäftigung erreichen.

Auf den Osten kommt es an

Mit der Osterweiterung rücken die jungen Länder in die Mitte der Europäischen Union. Gleichzeitig führt der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft zu weit reichenden Veränderungen. Beides ist als Chance zu begreifen.

Für den Aufbau Ost kann die bisherige Orientierung an der schnellstmöglichen Angleichung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse an die der alten Länder deshalb nicht der alleinige Maßstab sein. Nicht der Nachbau West, sondern die kreative Neuausrichtung an den zukünftigen Herausforderungen muss den Aufbau Ost prägen. Der Osten muss im weltweiten Wettbewerb bestehen und ihn positiv für sich nutzen.

Eine leistungsfähige Infrastruktur, ein hohes Investitionsniveau und ein breites Angebot innovativer Produkte und Dienstleistungen sind die tragenden Pfeiler für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Die jungen Länder sind für die entsprechende Wirtschafts- und Strukturförderung, für die Beschlüsse zum Solidarpakt II und die Regelungen des Länderfinanzausgleiches dankbar. In dem Zeitraum 2005 bis 2019 sind zum Ausgleich teilungsbedingter Sonderlasten 105 Milliarden Euro und zum Ausgleich der teilungsbedingten Infrastrukturlücke 51 Milliarden Euro vorgesehen. Damit gibt es Planungssicherheit.

Diese Beschlüsse haben noch keine Auswirkungen für die nächsten Jahre. Die Wirtschaftslage erfordert aber jetzt eine Verbesserung. Ministerpräsident Bernhard Vogel hatte deshalb schon im Februar letzten Jahres ein Sonderprogramm Ost, insbesondere zur Schließung der Infrastrukturlücke und zur Förderung von Forschung und Entwicklung,

gefordert und dabei unter anderem das Vorziehen einzelner Projekte aus dem Solidarpakt angeregt. Dies wurde von Rot-Grün immer wieder abgelehnt. Wichtige Wachstumschancen wurden vertan und Hoffnungen zerstört. Mit dem Unionsprogramm werden wir es nach dem 22. September angehen:

Es soll eine Existenzgründer- und Innovationsoffensive für den Mittelstand in den jungen Ländern eingeleitet werden. Die Beratung von Existenzgründern und die Bereitstellung von Risikokapital werden intensiviert. Auch muss die Erschließung überregionaler Absatzmärkte für ostdeutsche Produkte und Dienstleistungen verbessert werden. Darüber hinaus wollen wir durch den Ausbau von Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Fachhochschulen gezielt Innovationspotenziale stärken und neue, innovative Strukturen weiterführen beziehungsweise aufbauen, wo dies noch nicht geschehen ist.

Notwendige Rückendeckung aus Berlin

Mit solchen Maßnahmen erhält die Thüringer Wirtschaftspolitik Rückendeckung aus Berlin. Die Förderung der Clusterbildung und die Unterstützung der Innovationsfähigkeit des Mittelstandes sind bereits wesentliche Ziele Thüringer Wirtschaftspolitik. Dabei geht es vorrangig um eine noch engere Verzahnung von Grundlagenforschung und wirtschaftsnaher Forschung auf der einen Seite und der Wirtschaft auf der anderen Seite. Die Existenzgründeroffensive wird das Investitionsprogramm des Landes ergänzen. Dies ist wichtig, da erfahrungsgemäß mit jeder Existenzgründung die Schaffung von vier weiteren Arbeitsplätzen verbunden ist. Die Selbstständigenquote in Thüringen beträgt derzeit nur etwa 8,5 Prozent. Damit liegt Thüringen zwar im Schnitt der jungen Länder, der Bundesdurchschnitt ist jedoch zehn Prozent.

Der Ausbau der Infrastruktur in den jungen Ländern muss ebenfalls forciert werden. Die Mängel in der Verkehrsinfrastruktur belasten die ostdeutschen Unternehmen erheblich. Das Unions-Programm sieht deshalb schwerpunktmäßig die verbesserte Anbindung der Regionen an die großen Verbindungsachsen, die Errichtung des Schienennetzes und eine verbesserte Verkehrsverbindung zu den EU-Beitrittsländern vor. Die Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ sind konsequent weiterzuführen.

Für Thüringen ist hierbei der zügige Weiterbau der ICE-Strecke Nürnberg–Erfurt–Berlin zu einer transnationalen Schienennetzverbindung besonders wichtig. Er wurde 1999 von Rot-Grün gestoppt. Im Wahlkampf nun wurde kurzfristig der Weiterbau angekündigt, der von der bayerischen SPD allerdings weiterhin vehement bekämpft wird und somit nicht sicher ist. Darüber hinaus sind für uns der Ausbau der Mitte-Deutschland-Schienennetzverbindung sowie die Fertigstellung der Thüringer-Wald-Autobahn und der Südharzautobahn von entscheidender Bedeutung. Das Umgehungsstraßenprogramm für Bundesstraßen muss über das Jahr 2003 hinaus fortgeführt werden. Hier hat Rot-Grün für erhebliche Probleme gesorgt.

Für die Kommunen strebt die Union eine bessere Finanzausstattung an, um ihnen die notwendigen kommunalen Infrastrukturinvestitionen zu ermöglichen. Deshalb wollen wir eine Infrastrukturpauschale einführen.

Zur gezielten Förderung von Ansiedlungen und Investitionen in den jungen Ländern sieht das Unions-Programm vor, zeitlich befristete Öffnungs- und Experimentierklauseln in Bundesgesetzen zu schaffen. Vor allem bei Genehmigungsverfahren oder auch im Hochschulrecht können wir auf diese Weise flexible und unbürokratische Antworten auf spezifische Herausforderungen der jungen Län-

der finden. Neue Regelungen zur Beschleunigung der Planungsverfahren und für eine Vereinfachung des Baurechtes müssen in Kraft gesetzt werden. Sollten sich diese Maßnahmen bewähren, wovon auszugehen ist, sollte ihre Übertragung auf ganz Deutschland zum Abbau von Bürokratie beitragen.

Die Förderung zukunftsträchtiger Investitionen schafft wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Angesichts der im Vergleich mit den alten Ländern andauern den Standortnachteile ist die Investitionsförderung in den jungen Ländern weiterhin auf hohem Niveau erforderlich, zumal sich spätestens mit der EU-Erweiterung der internationale Standortwettbewerb weiter verschärfen wird.

DaimlerChrysler und Mitsubishi zum Beispiel hätten sich ohne entsprechende Förderung sicherlich nicht für das thüringische Kölleda als Standort für ihr Motorenwerk entschieden. Die jungen Länder aber brauchen Investitionen auch von überregional tätigen Unternehmen. Deshalb werben wir deutschlandweit und international um Investoren. Wir werden diese auch weiterhin fördern. Dazu aber brauchen wir die Unterstützung des Bundes und der Europäischen Union.

Deshalb ist es wichtig, dass sich die Union gegenüber der Europäischen Kommission dafür einsetzen will, dass die von ihr beschlossene Absenkung der Beihilfeshöchstsätze nicht wirksam wird und die Investitionsförderung in den jungen Ländern auf hohem Niveau aufrechterhalten werden kann.

Überschaubare Perspektiven für eine Lohnangleichung

Die jungen Länder brauchen eine Perspektive für die Angleichung der Einkommens- und Lebensverhältnisse. Man muss den politischen Willen dazu aufbringen und realistische Schritte gehen, denn mit der anstehenden Osterweite-

rung ist der Vorteil auf diesem Feld ohnedies relativ.

Im öffentlichen Dienst des Bundes sieht das Unions-Programm eine Angleichung der Besoldung und der Tarife konkret bis zum Jahr 2007 vor. Wichtig ist, dass für die Länder bei Besoldungs- und Zulagenregelungen Öffnungsklauseln zugelassen werden sollen, damit leistungsorientiert, flexibel und der wirtschaftlichen Lage entsprechend bezahlt werden kann.

Für die niedergelassenen Kassenärzte sollen ebenfalls schrittweise Angleichung der Honorare bis zum Jahr 2007 erfolgen, um eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Sicherlich müssen in der Privatwirtschaft wirtschaftlich sinnvolle Lohndifferenzierungen Vorrang haben. Erzielte Produktivitätsfortschritte sind Voraussetzung für Lohnerhöhungen für die Beschäftigten. Hier aber geht es um eine erkennbare Perspektive.

Voraussetzung für die Angleichung sind natürlich eine realistische Einkommensentwicklung in den alten Ländern und eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Deutschland. Im Jahr 2000 hat es zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung keinen Schritt zur Angleichung gegeben. Wenn aber in den kommenden Jahren der prozentuale Anstieg im Westen geringer ist als im Osten, dann wird Angleichung möglich. Es ist sehr zu hoffen, dass wir diese Art der Solidarität bei den Tarifverhandlungen erfahren können.

Mit der Union erhält der Aufbau Ost eine neue Chance

Ein Wahlsieg der Union am 22. September bietet den jungen Ländern mit Blick

auf das Unions-Programm und die darin vorgesehenen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die möglichen Sonderregelungen für die jungen Länder sowie die schrittweise Angleichung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst gute Perspektiven. Er bietet den unionsgeführten Landesregierungen darüber hinaus die Chance, dass Landes- und Bundespolitik wieder Hand in Hand gehen und kohärent gestaltet werden. Gerade die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik muss auf Landes- und Bundesebene in die gleiche Richtung gehen. Nur dann können die eingeschlagenen Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten.

Bei einem Wahlsieg der Union soll Lothar Späth Minister für Wirtschaft, Arbeit und Aufbau Ost werden. Gerade in Thüringen kennt und schätzt man seine Erfolge bei der Umstrukturierung der Jenoptik und sein Engagement für Jena als aufstrebende Wachstumsregion.

Mit Edmund Stoiber, Angela Merkel und Lothar Späth erhält der Aufbau Ost wieder ein Profil, das überzeugt und motiviert, sich zu engagieren. Der Aufbau Ost erhält eine neue Chance, die wir nutzen werden.

Für die Union war und ist der Aufbau Ost kein „Ostproblem“, sondern eine gesamtdeutsche Aufgabe. Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes war immer das Ziel der Union, das gilt auch für die Gestaltung der inneren Einheit. Auf Landesebene tun wir alles, um eine positive Entwicklung zu fördern. Fehler der rot-grünen Bundesregierung aber können wir nicht ausgleichen. Deshalb sind die Bundestagswahl und der Wechsel in Berlin für Deutschland und die jungen Länder so wichtig!